

A N T R A G

der B90/Grüne-Landtagsfraktion

betr.: Demografischen Wandel gestalten – Zukunft im ländlichen Raum sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen des Saarlandes stellen eine große Herausforderung dar. Künftige Generationen haben ein Recht auf ein zukunftsfähiges Land. Neben der finanziell angespannten Situation ist es vor allem der demografische Wandel mit seinen erheblichen Auswirkungen, der entschlossenes und zielgerechtes Handeln notwendig macht. Aufgrund einer längeren Lebenserwartung und weiterhin niedriger Geburtenraten wächst der Anteil immer älterer Menschen an der Bevölkerung, der Anteil von Kindern und Jugendlichen geht weiter zurück. Vor allem die ländlichen Räume werden stark von den Folgen des Bevölkerungsrückgangs betroffen sein.

Die Entwicklung in vielen Regionen wird maßgeblich durch die individuellen Entscheidungen der Menschen beeinflusst, in welcher Region sie leben wollen und welche Bedingungen sie dort vorfinden. Deshalb sind auch im Saarland Städte, Gemeinden und Landkreise sehr unterschiedlich vom wirtschaftlichen und demografischen Wandel betroffen. Während die Ballungszentren entlang der Saar weniger schnell schrumpfen, sind ländliche Regionen im Nordsaarland stärker betroffen.

Ziel ist es, die ländlichen Räume unseres Landes langfristig zu fördern und so zu entwickeln, dass sie auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels gleichermaßen attraktiv für junge und ältere Menschen bleiben. Dabei sind die Bereiche Wohnen und soziale Infrastruktur, Siedlungsentwicklung, ökonomische und soziale Entwicklung im Gemeinwesen, aber auch Ver- und Entsorgung sowie Mobilität von besonderer Bedeutung.

Weil die Attraktivität einer Region oft an wirtschaftlicher Prosperität und der technischen Infrastruktur gemessen wird, haben zahlreiche Städte und Gemeinden in der Vergangenheit insbesondere durch den Bau von Straßen vor allem auf den Ausbau der technischen Infrastruktur gesetzt. Ländliche Räume haben aber nur dann eine Zukunft, wenn sie auch den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner nach sozialer Teilhabe für alle Generationen Rechnung tragen.

Wenn die Zahl der Kinder in vielen ländlichen Regionen kontinuierlich zurückgeht, brauchen auch diese Kinder ein qualitativ hochwertiges, wohnortnahes Bildungsangebot in Kita und Schule. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels gilt die Maxime „Kurze Beine, kurze Wege“. Im ländlichen Raum bilden die Schulen die Garanten dafür, dass junge Familien auch weiterhin ihr Leben dort verbringen wollen und attraktive Lebens-, Bildungs- und Freizeitbedingungen vorfinden. Dazu brauchen Kinder und Jugendliche sinnvolle und attraktive Beschäftigungs- und Freizeitmöglichkeiten. Durch die Finanznot vieler Gemeinden sind derartige Angebote mittlerweile stark eingeschränkt. Fehlende Einrichtungen und der weitere Rückzug der Kinder- und Jugendarbeit aus der Fläche schwächt das Gemeinschaftsleben in unseren Dörfern.

In den ländlichen Regionen haben pflegebedürftige und ältere, mobilitätseingeschränkte Menschen oft nur unzureichend Zugang zu Pflege- und Unterstützungsangeboten. Bisher ist die Pflege dort meist darauf ausgerichtet, dass sie von Angehörigen übernommen wird. Durch Abwanderung, längere Erwerbstätigkeit, zunehmende Berufstätigkeit insbesondere von Frauen wird dies aber immer seltener möglich sein.

Zur Attraktivität eines Lebensumfeldes gehören auch ortsnahe Einkaufs- und Versorgungsmöglichkeiten mit den Waren des täglichen Bedarf sowie Orte der sozialen Kommunikation. Die Konzentration der Discounter am Rande der Zentren hat insbesondere im ländlichen Raum schmerzliche Lücken in der Versorgungsstruktur hinterlassen. Einer solchen Entwicklung gilt es wirksame Maßnahmen entgegenzusetzen.

Aufgabe des Staates ist die Daseinsvorsorge zu garantieren und gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Die Zusammenarbeit der Kommunen muss gestärkt werden, damit die Planungen für die Zukunft auch wirklich an den Bedürfnissen der Bürger ausgerichtet sind. In der Verkehrspolitik muss es einen grundsätzlichen Richtungswechsel geben. Statt neue Straßen zu bauen, müssen wir den Erhalt der vorhandenen Infrastruktur sichern. Mobilität wird zukünftig verstärkt durch die Vernetzung von Individualverkehr mit dem ÖPNV bezahlbar bleiben. Damit der ländliche Raum als Wohn- und Arbeitsort attraktiv bleibt, ist auch eine qualitativ hochwertige Anbindung an das Datennetz erforderlich. Hierzu bedarf es einer echten Breitbandinitiative mit finanzieller Unterstützung vom Land, da nicht jeder Gemeindeanschluss über hohe Nutzungsbühren refinanziert werden kann.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wird auch die Infrastruktur für die Versorgung mit Energie und Wasser sowie die Entsorgung der Abwässer überprüft werden müssen. Die Infrastruktur entspricht zum Teil bereits heute in ihren Dimensionen nicht dem tatsächlichen Bedarf, dies wird durch die zukünftige Entwicklung noch verstärkt werden. Die Kosten für den Um- bzw. Rückbau können aber von den einzelnen Kommunen nicht getragen werden. Daher muss eine dezentrale Versorgung und Entsorgung wieder Planungsgrundlage werden.

Der Auf- und Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten und regionaler Wirtschaftskreisläufe ist ein wichtiger Baustein, um lebenswerte, zukunftsfähige Regionen zu erhalten. Gleichzeitig wird die Eigenständigkeit ländlicher Regionen gestärkt. Denn je häufiger ein Euro innerhalb der Region den Besitzer wechselt, desto mehr Wertschöpfung, qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze und regionale Entwicklungsperspektiven werden geschaffen. Der Ausbau von regionalen Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen setzt bewusst auf regionale Innovationspotentiale, nutzt vorhandene Standortvorteile und stärkt Direktbeziehungen zwischen Unternehmen und Endkunden vor Ort.

Energieeinsparungen, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien bieten für ländliche Regionen eine greifbare und umfassende Entwicklungsperspektive. Öffentliche Förderung in diesen Bereichen stimuliert die regionale Wertschöpfung und macht ländliche Kommunen unabhängig von Importen und Preissprüngen bei der Energieversorgung. Flankierend müssen auch die Möglichkeiten der Beteiligung an der Erzeugung Erneuerbarer Energien für die Kommunen und Kommunalverbände verbessert werden.

Der Landtag des Saarlandes fordert daher die Landesregierung auf:

- die Schulen im ländlichen Raum langfristig zu erhalten und als multifunktionale Stätten zu entwickeln, die als Lernort für alle Generationen und sozialer Austauschort genutzt werden können,
- in allen Regionen bedarfsgerechte Angebote für die Kinder- und Jugendarbeit sicherzustellen, dazu die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen durch eine aktive und verantwortliche Einbindung in politische Entscheidungsprozesse zu stärken,
- durch einen intensiven Austausch und die bessere Zusammenarbeit von Landkreisen, Kommunen, Schulen, Sport- und Kulturvereinen und Jugendorganisationen neue Plattformen für eine bedarfsgerechte Kinder- und Jugendarbeit zu schaffen,
- neue Wohnformen, wie Senioren- und Pflegewohngemeinschaften, Hausgemeinschaften oder Mehrgenerationenwohnen, im ländlichen Raum stärker zu fördern,
- die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum durch eine engere Vernetzung der verschiedenen Gesundheits-Akteure und ihrer jeweiligen Kompetenzen sicherzustellen,
- vorhandene und zukünftige Dorfladeninitiativen zu unterstützen, die in ländlichen Regionen ein grundlegendes Versorgungsbedürfnis abdecken,
- neue Formen der Versorgungslogistik sowie alternative Versorgungsangebote und diesbezügliche Initiativen von Bürgern, Vereinen und Kommunen im ländlichen Raum generell durch Beratungs- und Dienstleistungsangebote des Landes zu unterstützen,
- die obligatorische Einbeziehung und Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern bei den Zukunftsplanungen der Gemeinde zu gewährleisten,
- die interkommunale Zusammenarbeit durch das Land mit Herausstellung von Initiativen und Modellprojekten stärker zu fördern, dazu über kommunale Verwaltungsgrenzen hinweg regional organisierte Zentren der Daseinsvorsorge zu schaffen,
- eine Initiative zum zeitnahen Ausbau des Breitbandnetzes in allen Gemeinden des Saarlandes mit finanzieller Förderung zu starten,
- wohnortnahe Versorgungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu fördern, damit unnötiger Verkehr vermieden wird,
- den öffentlichen Nahverkehr sowie Konzepte zur besseren Vernetzung mit dem Individualverkehr zur Sicherstellung der Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger stärker zu fördern,
- die Bürgerbeteiligung an der Entwicklung dezentraler Konzepte bei Ver- und Entsorgung zu verbessern,

- die Rahmenbedingungen für Handwerk und Unternehmen zu verbessern, indem die vorhandenen Strukturen für die Wirtschaftsförderung gestärkt und neue Strukturen geschaffen werden,
- junge Leute mit Studienangeboten aus der Region vor Ort zu halten, hierzu sollen Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausgebaut werden bzw. gezielt auch im ländlichen Raum angesiedelt werden,
- die finanziellen Rahmenbedingungen der Kommunen zu verbessern, indem zusätzliche direkte oder indirekte Aufgabenübertragungen an die Kommunen durch Bund und Länder finanziell adäquat ausgeglichen werden,
- die Förderlandschaft zu optimieren, indem die unterschiedlichen Fördertöpfe sowohl auf europäischer als auch auf Bundes- und Länderebene stärker verzahnt, entbürokratisiert und zu sektor- und ressortübergreifenden Programmen umgebaut werden. Ohne ihre jeweils eigenständigen Förderziele aufzugeben, müssen vor allem die Regeln der einzelnen Programme vereinfacht, aneinander angepasst und für sich gegenseitig ergänzende Maßnahmen durchlässig werden,
- das Saarland weiter zum modernen Energiestandort umzubauen und dabei auf die Kompetenzen des ländlichen Raumes zurückzugreifen,
- Energiegenossenschaften mit direkter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und Kommunen zur Sicherung und Aufrechterhaltung kommunaler Infrastruktur gezielt zu fördern.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.